

EU einigt sich auf Libyen-Mission

BRÜSSEL (dpa). Die Europäische Union hat sich auf ein Mandat für die neue Mission „Iriini“ zur Durchsetzung des UN-Waffenembargos gegen Libyen geeinigt. Die Botschafter der 27 EU-Staaten verständigten sich am Donnerstag darauf, dass die neue Operation das Embargo aus der Luft, per Satellit und auf dem Meer überwachen soll. Damit kehrt die Staatengemeinschaft nach einjähriger Abwesenheit mit Schiffen zurück aufs Mittelmeer. Umstritten war der maritime Teil. Österreich, Ungarn und andere Länder hatten Bedenken, ein solcher Einsatz könnte dazu führen, dass mehr Migranten die gefährliche Überfahrt von Afrika nach Europa wagen, weil sie davon ausgehen könnten, gerettet zu werden. Die Schiffe sollen nun nicht mehr im zentralen Mittelmeer, sondern weiter östlich eingesetzt werden, fernab der Fluchtrouten.

Zehn Jahre Haft für Bombenbauer

DÜSSELDORF (dpa). Für den Bau einer Bombe mit dem biologischen Kampfstoff Rizin in Köln ist ein 31-jähriger Islamist zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Das Düsseldorfer Oberlandesgericht sprach den Tunesier Sief Allah H. (31) am Donnerstag der Herstellung einer biologischen Waffe und Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat schuldig. Die Bundesanwaltschaft hatte zehn Jahre Haft für den 31-Jährigen gefordert. Zuvor war das Verfahren gegen die deutsche Ehefrau von H. abgetrennt worden. „Zum ersten Mal standen Angeklagte in Deutschland vor Gericht, die einen Anschlag mit einem biologischen Kampfstoff vorbereitet haben“, so die Vertreterin der Bundesanwaltschaft.

Beleidigung von Künast hat Folgen

BERLIN (epd). Im Zusammenhang mit Beleidigungen gegen die Grünen-Politikerin Renate Künast soll einem Zeitungsbericht zufolge jetzt erstmals Anklage erhoben werden. Wie der Berliner „Tagesspiegel“ (Freitag) aus Justizkreisen erfuhr, soll sich in Bayern demnächst ein Facebook-Nutzer verantworten müssen, der Künast in einem Posting als „Stück Scheiße“ bezeichnet hatte. Derzeit werde die Anklage abschließend von der Generalstaatsanwaltschaft München geprüft, die neuerdings Hate-Speech-Verfahren in ganz Bayern koordiniert. Dass Künast neben Klagen auf Herausgabe von Facebook-Nutzerdaten auch strafrechtlich gegen die Beleidiger vorgeht, war bisher laut „Tagesspiegel“ nicht öffentlich bekannt. Es liefen Strafverfahren über das Bundesgebiet verteilt, bestätigte Künasts Anwalt Severin Riemschneider.

ZENTRALREDAKTION

Sekretariat Mainz:
Telefon: 06131-48 58 65
Fax: 06131-48 58 68
E-Mail: politik@vrm.de

Sekretariat Wetzlar:
Telefon: 06 441 - 95 95 95
Fax: 06 441 - 95 92 92
E-Mail: redaktion-wnz@vrm.de

Sekretariat Wiesbaden:
Telefon: 0611-355-53 29
Fax: 0611-355-33 77
E-Mail: hessen@vrm.de

Sekretariat Darmstadt:
Telefon: 06151-387-27 27
Fax: 06151-387-27 30

Blattmacher:
Michael Klein, Ute Siegfried-Henkel; Sigrid Babst, Wolfgang Blum, Ken Chowanetz, Florian Giezewski, Jörg Hamm, Klaus Thomas Heck, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Thorsten Lutz, Katrin Oltmanns, Felix Plum, Birgit Schenk, Nicole Suckert, Rüdiger Vogel, Nina Waßmund.

Städte fordern Ausstiegsstrategie

Kommunen verlangen Konzepte für die Zeit nach der Corona-Epidemie / Virologen warnen: Noch viel zu früh

Von Jan Drebes und Birgit Marschall

BERLIN. Nur vier Tage nach der Einführung des Kontaktverbots zur Eindämmung der Coronavirus-Krise wird bereits der Ruf nach der Lockerung laut. Mittelstandsvertreter und Wirtschaftspolitiker verlangten, die Politik müsse eine „Exit-Strategie“ entwickeln und die Wirtschaft nach Ostern wieder hochfahren werden. Auch Städte und Gemeinden forderten Bund und Länder auf, gemeinsam mit den Kommunen eine Strategie für die stufenweise geordnete Rückkehr zum Alltag zu erarbeiten.

Diskutiert wird vor allem, jüngeren Menschen wieder mehr Freiheiten zu lassen, während Ältere, deren Gesundheit durch eine Infektion stärker gefährdet ist, zuhause bleiben sollten. Viel Kritik erntete Düsseldorfs Oberbürgermeister Thomas Geisel (CDU). Das Land halte die strengen Maßnahmen auf Dauer nicht aus, hatte Geisel geschrieben – und indirekt gefordert, diese nur bei Risikogruppen anzuwenden.

Wie schützt man gefährdete Gruppen?

Das Herunterfahren des kompletten öffentlichen Lebens kann der Staat trotz milliardenschwerer Hilfspakete allenfalls zum Teil kompensieren. Jede weitere Woche in diesem Zustand koste die Volkswirtschaft zwischen 25 und 55 Milliarden Euro, sagte Ifo-Chef Clemens Fuest. Der CDU-Wirtschaftspolitiker Carsten Linemann forderte, die Wirtschaft spätestens nach Ostern schrittweise wieder hochzufahren. „Bund und Länder müssen zusammen mit den Kommunen eine Strategie entwickeln, um eine stufenweise geordnete Rückkehr zum normalen Alltag zu gewährleisten“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Städtetags, Helmut Dedy. Eine geordnete Exit-Strategie wäre ein klares Signal, um den Sorgen der Menschen zu begegnen. „Natur-



Seit dem von Bund und Ländern verordneten Stilllegung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens steht Deutschland still. Viele fordern schon jetzt, Strategien für ein allmähliches Hochfahren des Landes zu entwickeln. Foto: dpa

lich müssen wir auch im Blick behalten, dass die Städte nach der Coronakrise lebenswert bleiben. Dazu gehören unverzichtbar gute Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants, Cafés, Kleingewerbe oder Kinos und Kulturangebote, die das städtische Leben prägen“, sagte Dedy.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) stellte jedoch klar, die Maßnahmen würden so lange aufrechterhalten, wie es zum Schutz der Bevölkerung nötig sei. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) rechnet mit steigenden Belastungen für Ärzte und Pfleger erst in den kommenden Wochen. Es gehe für die Politik aber zugleich um Konzepte dafür, dass es „eine Zeit nach Corona“ geben werde, in der man weiter gegen das Virus kämpfe, das öffentliche Leben aber schrittweise normalisiere, sagte Spahn. Dies solle auch bei

RUF NACH HÖHEREM KURZARBEITERGELD

► Der **CDU-Sozialflügel** fordert angesichts der Coronakrise eine Aufstockung des Kurzarbeitergelds. „Kurzarbeitergeld ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Krisenbewältigung. 60 Prozent vom netto bedeutet aber für viele Beschäftigte, dass sie **Grundsicherung** beantragen müssen“,

sagte der Vizechef der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Christian Bäumler. Das Kurzarbeitergeld müsse auf **80 Prozent aufgestockt werden** und die Mehrkosten vom Bund getragen werden. Bäumler rechnet mit **1,5 Milliarden Euro Mehrkosten** bundesweit.

Beratungen nach Ostern zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten Thema sein. Auch die Frage, wie man dann „besonders gefährdete Gruppen schützen“ könne, werde diskutiert.

Der Berliner Virologe Christian Drosten erteilte Überlegungen jedoch eine Absage, Ältere und Vorerkrankte zu isolieren, damit der Rest der Gesellschaft zur

Normalität zurückkehren könne. „Solche einfachen Vorstellungen, dass man nur die Risikogruppen isoliert, die funktionieren nicht.“ Modellrechnungen dazu hätten keine positiven Effekte ergeben. Die Wissenschaft sei jetzt gefragt, der Politik Modelle über den erwarteten Verlauf der Epidemie zu geben, damit sie die Maßnahmen anpassen könne. Ifo-Chef Fuest mahnte zu-

nächst eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Schutzmasken an. „Die Exit-Strategie muss so gestaltet werden, dass ein neuerlicher massiver Anstieg der Infektionen verhindert wird.“ „Elemente einer solchen Strategie sind eine möglichst flächendeckende Verwendung von Masken und ein besonderer Schutz der Risikogruppen“, sagte der Chef des Münchner Ifo-Instituts.

Staatshilfen könnten kein Ersatz für entgangene Gewinne sein, sagte Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Die Pandemie bedrohe auch die Wirtschaft. „Ich hoffe daher, dass die aktuellen Beschränkungen die notwendige Wirkung zeigen und Bremseffekte bei den Infektionen eintreten. Dann können wir über die nächsten Schritte entscheiden, was auch für die Wirtschaft wichtig ist“, sagte er.

„Die nächsten zehn Tage werden die Hölle sein“

Bislang richtet sich in der Coronakrise der Blick auf Norditalien, doch nun kommt die Angst vor der Explosion auch im Süden des Landes an

Von Bettina Gabbe

ROM. Vier Tage in Folge sinkende Zahlen an Neuinfizierten wecken in Italien Hoffnungen auf ein Ende der Epidemie, doch der Süden des Landes ist in Alarmstimmung: „Der Hinweis auf geringere Ansteckungszahlen im Norden droht die Tatsache auszulöschen, dass die Krise noch nicht gelöst ist, sondern im Süden dabei ist, auf dramatische Weise zu explodieren.“ Für drakonische Maßnahmen bekannte Regionalgouverneur von Kampanien, der Region rund um Neapel, nimmt kein Blatt vor den Mund. Bereits vor der Regierung in Rom ließ der als „Sheriff“ bekannte Sozialdemokrat Vincenzo De Luca Schulen schließen, verhängte eine Ausgangssperre und setzte das Militär zu deren Kontrolle ein.

Geheimdienst warnt vor Ausschreitungen

Zunächst nach dem ersten Regierungsdekret, das Norditalien zur Sperrzone erklärte, und erneut am vergangenen Wochenende, als die Schließung von Fabriken angeordnet wurde, kehrten viele Südtaliener in ihre Heimat zurück. Der Bürgermeister von Messina, Cateno De Luca, verschärfte daraufhin persönlich, die Anlandung von Fähren voller Rückkehrer im Hafen seiner Stadt zu verhindern. Während das gute Gesundheitssystem im



Gespannte Ruhe vor dem Corona-Sturm: In Süditalien – hier eine Aufnahme aus Neapel – fürchtet man sich vor dem Überschwappen der Corona-Epidemie auf die Region. Foto: dpa

industrialisierten Norden seit Wochen durch die vielen Covid-19-Patienten völlig überlastet ist, funktioniert im Süden vieles nur auf Empfehlung hin. Deshalb warnt ein Bericht des Geheimdienstes an die Regierung, von dem die Turiner Tageszeitung „La Stampa“ erfahren haben will, vor einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit durch Ausschreitungen. Mangelnde Gesundheitsleistungen, Vetterwirtschaft auch in Krankenhäusern und das organisierte Verbrechen drohen demnach zu einem gefährlichen Mix zu werden, wenn Krankenhäuser kollabieren. „Die nächsten zehn Tage werden bei uns die Hölle sein“, prophezeit

der Regionalgouverneur von Kampanien. Für die Region gehe es nicht um Tage, sondern Stunden. Von 400 Anforderten, daraufhin 225 zugesagten Beatmungsgeräten und Schutzkleidung sei so gut wie nichts in der Region angekommen, wirft Vincenzo De Luca der Regierung vor. Wenn die Regierung die Lage weiterhin sträflich unterschätze, „werden wir nichts tun können, als unsere Toten zu zählen.“ Derweil mangelt es auch im Norden an Material für dringend erforderliche Tests und Beatmungsgeräte. Krankenhäuser hätten sich zu Infektionsherden entwickelt, beklagen Ärzte. Knapp zehn Prozent der Infizier-

ten in Italien ist Krankenhauspersonal. „Unsere Klinik ist hochgradig verseucht und steht jenseits des Zusammenbruchs“, schrieben Mediziner des renommierten Krankenhauses „Papa Giovanni XXIII“ im „New England Journal of Medicine“. Von 900 Betten seien 300 mit Coronavirus-Patienten belegt. 70 Prozent der Betten auf den Intensivstationen seien mit Covid-19-Kranken belegt, die „berechtigte Hoffnung auf Überleben haben“. Die Lage sei so gravierend, dass das Krankenhaus sich gezwungen sehe, weit unter den eigenen Standards zu arbeiten. Ältere Patienten werden demnach nicht wiederbelebt und sterben ohne

den in diesen Fällen vorgesehene Einsatz von palliativmedizinischen Mitteln, die zumindest das Leiden abmildern.

In anderen Krankenhäusern der Region ist die Lage sogar noch schlimmer. Dort mangle es nicht nur an Geräten und Schutzkleidung. Patienten lägen dort auf Matratzen auf dem Fußboden. „Die Katastrophe, die die reiche Lombardei überrollt, kann sich überall ereignen“, warnen die Ärzte mit Blick auf Südtalien.

Ausgangssperre wird vielerorts nicht akzeptiert

Regierung und Unternehmen arbeiten auf Hochtouren daran, Fabriken auf die Produktion von Masken und Atemgeräten umzustellen. Doch noch immer nehmen viele die Ausgangssperre nicht ernst. Am vergangenen Sonntag trafen Polizeikontrollen innerhalb eines Tages auf 10000 Menschen, die trotz Verbots ohne Berechtigung auf die Straßengingen.

Wie ernst die Lage ist, zeigt auch, dass der ehemalige Chef des Katastrophenschutzes und derzeitige Corona-Sonderberater der Lombardei, Guido Bertolaso, mittlerweile selbst wegen des Virus im Krankenhaus liegt. Sein Nachfolger Angelo Borrelli wurde dagegen nach Symptomen negativ getestet und arbeitet nunmehr trotz Grippe von zu Hause aus.

CORONA-TICKER

Wegen der Coronakrise hat **Frankreich** in Deutschland nach einem Bericht des „Spiegel“ um **schnelle Hilfe der Bundeswehr** ersucht. Die Regierung in Paris habe in den vergangenen Tagen bei der Bundesregierung angefragt, ob die Bundeswehr wegen der Notlage im Nachbarland schnell aushelfen könne. Dringend benötigt würden laut dem französischen Ersuchen **Helikopter** zur Verlegung von Coronapatienten aus besonders betroffenen Regionen in andere Landesteile, heißt es in dem Bericht. Zudem könnte die Bundeswehr bei der **Versorgung von Covid-19-Patienten** helfen.

Papst Franziskus ist nach Bekanntwerden des bislang fünften Falls einer **Coronavirusinfektion** im Vatikan einer italienischen Tageszeitung zufolge **negativ** auf die Krankheit getestet worden. Der Abstrich sei wenige Stunden nach der Einlieferung eines hochrangigen Prälaten mit **Covid-19** ins Krankenhaus gemacht worden, berichtete die Mailänder Tageszeitung „Corriere della Sera“. Der 58-jährige italienische Mitarbeiter des vatikanischen Staatssekretariats wohne ebenso wie das Kirchenoberhaupt im **Gästehaus Santa Marta**. Der Vatikan gab bislang vier Coronafälle bekannt.

Die **Bildungskrise** infolge der Corona-Pandemie spitzt sich laut den Vereinten Nationen (UN) zu. Weltweit dürfen **rund 87 Prozent** aller Schüler und Studenten aufgrund des Infektionsrisikos nicht in ihre Lehrinrichtungen gehen, wie die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) am Donnerstag in Paris mitteilte. Mehr als **1,5 Milliarden junge Menschen in 165 Ländern** seien von den Schließungen der Schulen und Universitäten betroffen. Niemand zuvor habe es derartige Störungen im Bildungswesen gegeben, erklärte die Unesco-Generaldirektorin Audrey Azoulay.

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Ulrich Kelber, sieht in einer **Anti-Corona-App** eine Möglichkeit zur Eindämmung der Viruspandemie. „Wenn die Nutzer einer App ihre freiwillige Einwilligung zur Datenverarbeitung geben, könnte eine technische Lösung zur **Identifikation von Infektionsketten** sicher ein sinnvoller Beitrag zur Krisenbewältigung sein“, sagte Kelber dem „Handelsblatt“.

In dem von der Coronavirus-Krise besonders schwer betroffenen **Spanien** müssen die knapp 47 Millionen Bürger nun sogar **bis zum 11. April weitgehend zu Hause bleiben**. Das Parlament in Madrid billigte am frühen Donnerstagmorgen einen Antrag der linken Regierung auf Verlängerung des Alarmzustands um weitere zwei Wochen. Im Rahmen dieser drithöchsten Notstandsstufe ist seit dem 15. März im ganzen Land unter anderem ein **strenges Ausgangsverbot** in Kraft.

Tschechien stellt Italien und Spanien jeweils **10000 Schutzanzüge** für medizinisches Personal bereit. „Wir können uns das erlauben – und diese Länder brauchen sie dringend“, sagte Innenminister Jan Hamacek am Donnerstag in Prag. Den Vorschlag, aus Solidarität ein **Team aus Armeearzten** in das schwer vom Coronavirus betroffene Italien zu entsenden, schmetterte Verteidigungsminister Lubomir Metnar ab. Der Ex-Politiker sagte: „Sie können nicht nach Italien fahren. Sie werden zu Hause gebraucht.“